

Deutschland droht Überspannung

Im Norden Deutschlands bläst der Wind frisch - die dortigen Bundesländer wollen weitaus mehr Ökostrom erzeugen, als sie verbrauchen. Doch der Süden der Republik sieht die anstehenden Lieferungen kritisch: Er strebt nach energetischer Autarkie. von [Nikolai Fichtner](#) Berlin

Deutschland droht mit der Energiewende eine Stromüberproduktion zumindest in Teilen der Republik. Die neue rot-grüne Regierung in Schleswig-Holstein plant, nach dem massiven Ausbau von Windparks bis 2020 allein aus erneuerbaren Energien dreimal so viel Strom zu produzieren, wie das Land selbst verbraucht. Zwei Drittel des Stroms sollen exportiert werden. Das entspricht rund 23 Milliarden Kilowattstunden - wovon sich 30 Prozent des Bedarfs in Bayern decken ließen. Andere Länder im Norden und Osten wie Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt verfolgen ähnliche Strategien.

In Berliner Regierungskreisen hieß es, die Pläne aus Kiel seien "gaga". Auch die Energiebranche zeigt sich alarmiert. "Wir erleben bei den Energiezielen einen Überbietungswettbewerb zwischen den Ländern, der nicht im gesamtdeutschen Interesse ist", sagte die Hauptgeschäftsführerin des Branchenverbands BDEW, Hildegard Müller, der FTD.

Für die Energiewende wird der Übereifer der Länder zum Problem. Denn auch die Südländer wollen sich nicht allein auf den Strom aus dem Norden verlassen und bauen lieber eine eigene Produktion auf. Bayern will sogar autark in der Energieversorgung sein. Wenn der Ökostrom aber keine Abnehmer findet, droht eine gigantische Ressourcenverschwendung: Mit den heutigen Förderregeln zahlen die Verbraucher auch für Strom, der gar nicht gebraucht wird - wenn etwa Windräder wegen Überangebots im Netz abgeschaltet werden müssen. Zudem stellt sich die Frage, warum für viele Milliarden Euro neue Nord-Süd-Stromtrassen gebaut werden sollen.

Die Bundesregierung sucht bereits nach Auswegen. Kommende Woche will Kanzlerin Angela Merkel (CDU) das Thema mit den Ministerpräsidenten besprechen. Auch Umweltminister Peter Altmaier (CDU) will Ländervertreter treffen, um mehr Koordinierung zu erreichen. Ziel ist, die Exportländer von übertriebenen Plänen abzubringen - und die Südländer, die am stärksten vom [Atomausstieg](#) betroffen sind, für Importe aus dem Norden zu öffnen.

Doch dort ist die Skepsis groß. "Für Bayern hat Versorgungssicherheit höchste Priorität", sagte der dortige Umweltminister Marcel Huber (CSU) der FTD. "Deshalb wollen wir auch weiterhin unseren Strombedarf selbst decken können." Die Industrie dürfe "nicht davon abhängen, ob sich die Windräder in der Nordsee drehen oder andere Bundesländer bereit sind, den Strom nach Bayern weiterzuleiten". Dahinter steckt ein klares Kalkül der Länder: Die Kosten des Ökostromausbaus tragen alle deutschen Stromkunden. Aus Ländersicht lohnt es sich also, sich einen

möglichst großen Anteil an der Ökostromförderung zu sichern. Zumal die Wähler es honorieren, wenn ihre Landesregierungen Vorreiter der **Energiewende** sind.

In der Bundesregierung gibt es daher Überlegungen, die Koordinierung der Länderpläne mit einer Reform der Ökostromförderung zu verbinden. Bisher darf jeder seine Windräder oder Solarparks bauen, wo er will, und bekommt dafür eine garantierte Vergütung. In Berlin hält man dieses Prinzip für nicht länger haltbar. Stattdessen müsse es eine regionale Steuerung geben.

"Die große Herausforderung liegt weniger darin, immer mehr Ökostrom zu produzieren", sagte Müller. Immer wichtiger sei die richtige Verteilung der Anlagen. "Es hilft der Umwelt nicht, wenn wir Ökostrom einfach produzieren, aber nicht dorthin transportieren können, wo er gebraucht wird."

Dabei werden die Nordländer darauf pochen, dass sie die besseren Windstandorte sind. "Wir sind gerne zu einer stärkeren Koordination bereit", sagte Niedersachsens Umweltminister Stefan Birkner (FDP). Erneuerbare Energien müssten aber dort installiert werden, wo sie am effizientesten sind. "Also Windkraft im Norden und Solarparks im Süden."